

<b>Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>			<b>Sitzungsprotokoll L-19 Christian Dreyer</b>
<b>19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft</b>			<b>2015 - 2019</b>
<b>Sitzungstag:</b>  <b>02.05.2017</b>	<b>Sitzungsbeginn:</b>  <b>14.30 Uhr</b>	<b>Sitzungsende:</b>  <b>15.30 Uhr</b>	<b>Sitzungsort:</b>  Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
<b>Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste</b>			
<b>Vorsitz: Herr Dr. Dr. Buhlert</b>			

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

## **TOP 1**

### **Die Deputation berät über die Tagesordnung:**

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 15.03.2017	
TOP 3	Jahresberichte 2015/2016 der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven	L-80-19
TOP 4	Investitionsmaßnahmen am KBO nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	L-78-19 S-41-19
TOP 5	Einsetzung eines Deputationsausschusses (Ferienausschuss)	L-79-19 S-42-19
TOP 6	Berufung von Mitgliedern des Psychiatrieausschusses gemäß § 3 der Verordnung über den Psychiatrieausschuss des Landes Bremen	L-82-19
TOP 7	Verschiedenes	

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>
<b><u>Beschluss</u></b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.	

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 15.03.2017</b>
<b>Herr Staatsrat Kück</b> erklärt zu TOP 5, dass alle Fraktionen dem Beschlussvorschlag zugestimmt haben und künftig das Abstimmungsverhalten der Fraktionen im Protokoll entsprechend dokumentiert wird.	
<b><u>Beschluss (einstimmig):</u></b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 15.03.2017 zu.	

**TOP 3**    **Jahresberichte 2015/2016 der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven  
(Vorlage L-80-19)**

**Frau Dehne (SPD)** bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für die Erstellung der beiden Berichte. Der Bericht aus Bremerhaven werfe Fragen auf, die dargelegt werden sollten. So tauchen teilweise ganze Textpassagen aus dem Jahr 2015 unverändert wieder im Jahr 2016 auf. Vermisst werden mehr inhaltliche Ausführungen.

Frau Dehne führt aus, dass der Bericht aus Bremen inhaltlich deutlich besser sei. Das Thema Impfkampagne bei Geflüchteten sei positiv zu erwähnen und beeindruckend in Bezug auf die geleistete Teamarbeit. Ferner sei das „Bremer Gesundheitsheft“ eine gute Idee, welches inzwischen auch von anderen Bundesländern übernommen werde. Bremen sei hier weit vorne.

Frau Dehne bittet zum Bericht des Gesundheitsamts Bremen um Beantwortung folgender Fragen:

- Auf Seite 10 in der Mitte werde berichtet, dass bei der Versorgung von psychisch erkrankten Geflüchteten in der nächsten Zeit von einer Versorgungslücke auszugehen sei. Gebe es von Seiten des Ressorts oder des GA Überlegungen an dieses Thema nochmal heranzugehen?
- Auf Seite 21 unten werde zur „Steuerungsstelle Drogenhilfe und Kommunale Selbsthilfeförderung“ berichtet, dass es schwierig sei, die zuständigen Jobcenter zu mehr gezielten Angeboten oder zumindest zu deren Finanzierung zu bewegen. Frau Dehne bittet um Mitteilung, wie hiermit umgegangen werden solle.
- Auf Seite 28 werde zum Thema „Umwelthygiene“ berichtet, dass im Jahr 2015 17 Ortstermine im Zusammenhang mit Feuchtigkeit und Schimmel in Wohnungen stattfanden und diese Begehungen seit 2012 nur noch in Amtshilfe durchgeführt werden. Was bedeute das?
- Auf Seite 33 werde zur „Einladenden Stelle Früherkennung und Frühberatung“ berichtet, dass es durch die steigenden Geburten und Zuzüge zu einem deutlichen Anstieg der erforderlichen Anschreiben als auch der Sachbearbeitung gekommen sei. Aufgrund dieser Entwicklung bestehe Handlungsbedarf für die zukünftige Aufgabenerfüllung. Aus diesem Grund sei Ende 2016 erstmalig im Integrationskonzept eine halbe Stelle für die Sachbearbeitung beantragt worden. Frau Dehne bittet um Mitteilung, ob diese halbe Stelle inzwischen besetzt sei und zukünftig weiter finanziert werden könne.

**Herr Dr. Duwe (Leiter des Gesundheitsamts Bremen)** führt aus, dass die psychiatrische Versorgung von Geflüchteten bundesweit ein großes Problem sei. Herrn Dr. Duwe sei keine bundesweite Initiative hierzu bekannt. Zur zweiten Frage erläutert Herr Dr. Duwe, dass es mit dem Jobcenter Gespräche geben werde. Zum Thema Umwelthygiene in Amtshilfe könne Herr Dr. Duwe keine weiteren Antworten geben, da er dies nicht weiter hinterfragt habe und zudem in 2015/2016 die Leitung des Gesundheitsamts Bremen auch noch nicht übernommen hatte. Zur vierten Frage teilt Herr Dr. Duwe mit, dass es durch den Zuzug von Geflüchteten, insbesondere aber auch durch die steigende Geburtenrate in Bremen zu einem erhöhten Arbeitsaufwand gekommen sei.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** erkundigt sich nach der aktuellen Personalsituation. Wie werde diese eingeschätzt?

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** führt aus, dass der Bericht aus Bremerhaven eine kritische angespannte Situation vor Ort aufzeige. Die Darstellung sollte im Einzelnen aber konkreter und differenzierter erfolgen. Der Bericht aus Bremen sei sehr gut. Frau Dr. Kappert-Gonther würde zum Kinder- und Jugendgesundheitsdienst auf Seite 38 des Berichts des

Gesundheitsamts Bremen gern wissen, ob die Ressourcen im KJGD für die Untersuchungen im Berichtszeitraum letztlich vorhanden waren oder ob die Untersuchungen reduziert werden mussten? Frau Dr. Kappert-Gonther interessiert zudem, ob die Familienhebammen ihre Arbeit vollumfänglich erbringen können? Frau Dr. Kappert-Gonther bittet zur Humanitären Sprechstunde um Mitteilung, ob aufgrund der angespannten Personalsituation bereits womöglich in 2016 absehbar war, dass ggf. eine Schließung droht?

**Herr Bensch (CDU)** dankt zunächst für die Erstellung der Berichte. Es werde deutlich, dass an einigen Stellen ein Personalnotstand zu verzeichnen sei. Der Bremer Bericht sei lesbarer. Allerdings fehlen Angaben zu Personal (Soll-Ist), zu den Leistungszielen und deren Erfüllungsgrad. Herr Bensch wünscht sich entsprechende Angaben/Kennzahlen für die nächsten Berichte.

Aus den Berichten sollte nach Ansicht von Herrn Bensch ebenfalls erkennbar sein, was Pflichtaufgaben der Gesundheitsämter seien und welche Aufgaben freiwillig übernommen werden. Irgendwann müsse man sich entscheiden, ob freiwillige Aufgaben zu kürzen seien, die man sich als Haushaltsnotlageland nicht mehr leisten könne.

Herr Bensch bittet zur nächsten oder übernächsten Deputation betreffend den Bericht des Gesundheitsamts Bremen auf Seite 34 unter „TippTapp – Frühe Hilfen“, letzter Absatz, um Mitteilung (als Anlage zum Protokoll), von wie vielen Ortsteilen insgesamt als Bemessungsgrundlage ausgegangen werde sowie welche konkreten Ortsteile gemeint seien.

Zum Jahresbericht 2015 aus Bremerhaven habe Herr Bensch erfahren, dass es sich bei dem vorliegenden Bericht nicht um die Berichtsfassung handele, die dem Gesundheitsausschuss der Stadtverordnetenversammlung vorgelegen habe. Sollte dies der Fall sein, bittet Herr Bensch um Nachversand des Berichts, der auch den Stadtverordneten in Bremerhaven vorgelegen habe.

Ferner bittet Herr Bensch um Beantwortung der Frage, ob den Berichten aus Sicht des Ressorts bereits personelle Mehrbedarfe entnehmbar seien.

**Herr Dr. Duwe (Leiter des Gesundheitsamts Bremen)** antwortet, dass es keine Einschränkungen im KJGD gegeben habe. Ferner würden die Familienhebammen eine hervorragende Arbeit machen.

Herr Dr. Duwe erläutert, dass es im Bericht des Gesundheitsamts Bremen viele kleine Aufgaben gebe, die spezialisiertes Personal erfordern. In verschiedenen Bereichen habe man Bedarfe, die im Moment nicht ganz gedeckt werden können. So auch in der „Humanitären Sprechstunde“. Von einer Schließung der „Humanitären Sprechstunde“ könne aber nicht die Rede sein. Eine Vertretung sei aufgrund des teilweise erforderlichen Spezialisierungsgrades nicht immer problemlos möglich. Zudem ändere sich der Personalbedarf im Laufe der Zeit.

Das Thema Leistungsziele und Benchmarking sei im Gesundheitsbereich ein schwieriges Feld. Es gebe viele subsidiäre Aufgaben, die nicht vergleichbar mit messbaren Aufgaben, wie z.B. in der Automobilindustrie, seien.

Herr Dr. Duwe führt aus, dass die Ortsteile im Rahmen des Projekts „TippTapp“ sozialindexgestützt ausgewählt werden. Für die ausgewählten Ortsteile sei, ebenso wie für das Projekt BRISE, ausreichend Personal vorhanden. Sollte das Angebot aber stadtgebietweit ausgebaut werden, werde weiteres Personal benötigt.

**Herr Möckel (Leiter des Gesundheitsamts Bremerhaven)** erläutert, dass der Bericht für das Jahr 2015 bereits im letzten Jahr im Gesundheitsausschuss in Bremerhaven vorgestellt worden sei. Für das Jahr 2016 sei ein geändertes Format gewählt worden (weniger Zahlen, vermehrt Darstellung

von Routineaufgaben und Besonderheiten). Dies erkläre die Dopplungen in den Berichten 2015 und 2016.

Die Personalsituation sei in den letzten beiden Jahren sehr angespannt gewesen. Dies liege auch daran, dass die Bezahlung im ÖGD schlechter sei als in der freien Wirtschaft. Im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst werde im Rahmen von Schuleingangsuntersuchungen daher nicht mehr jedes Kind von einem Arzt angeschaut, sondern von einer Schulkrankenschwester. Erst bei Vorliegen bestimmter Kriterien / Auffälligkeiten werde das Kind einem Arzt vorgestellt. In Bezug auf die Situation in Bremerhaven erklärt Herr Möckel, dass man die „Humanitäre Sprechstunde“ nahezu als ergänzendes Angebot zum Regelsystem für EU-Migrantinnen und EU-Migranten etabliert hatte. Dieses Angebot habe man aufgrund der angespannten Personalsituation nicht weiter aufrechterhalten können, so dass man entschieden habe, die Tätigkeit dort erheblich einzuschränken, um sich auf die Kernaufgaben konzentrieren zu können. Herr Möckel weist darauf hin, dass die Tätigkeit im Rahmen der „Humanitären Sprechstunde“ zusätzlich zu den bestehenden Aufgaben hinzugekommen ist. In den Vorjahren sei die „Humanitäre Sprechstunde“ durch den Personalstamm der AIDS- und STD- Beratungsstelle zusätzlich zu ihren bestehenden Aufgaben mitübernommen worden. Ohne zusätzliches Personal durch die Stadt Bremerhaven sei das Angebot der „Humanitären Sprechstunde“ nicht aufrecht zu erhalten. Herr Möckel betont, dass die gesetzlichen Pflichtaufgaben des Gesundheitsamts erfüllt werden konnten. Durch abteilungsübergreifende Aufgabenwahrnehmung habe man es auch geschafft, die Bremerhaven betreffenden besonderen Herausforderungen der Flüchtlingskrise zu bewältigen.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt:** bedankt sich für die Berichterstattung und betont, dass Mitte des Jahres zwischen den Gesundheitsämtern und der senatorischen Behörde noch einmal über die Formate der Berichte gesprochen werden sollte. Zur Personalsituation erläutert Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt, dass im Zuge der Geflüchteten die nach Bremen gekommen sind, über 20 Stellen neu geschaffen wurden. Es habe eine angemessene Reaktion zum richtigen Zeitpunkt gegeben. Jetzt müsse geprüft werden, welche Stellen verstetigt werden müssen. Man werde sich kontinuierlich damit auseinandersetzen, welche Bedarfe bestehen und welche Prioritäten gesetzt werden sollen. Im Rahmen des Abwägungsprozesses sei ein risikoorientierter Ansatz erforderlich. Im Rahmen der Haushalts-Aufstellung werde sich zeigen, welche Bedarfe zukünftig abgedeckt werden können.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Berichte der Gesundheitsämter 2015 / 2016 aus Bremen und Bremerhaven zur Kenntnis.

**TOP 4 | Investitionsmaßnahmen am KBO nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (Vorlage L-78-19 + S-41-19)**

**Herr Dr. Dr. Buhler (FDP)** merkt an, dass dieses Thema bereits letztes Jahr im Haushaltsausschuss war – warum wird die Vorlage erst jetzt vorgelegt?

**Herr Staatsrat Kück** führt aus, dass die Vorlage erst jetzt vorgelegt wird, da jetzt entsprechende Mittel vom KBO benötigt werden.

**Herr Bensch (CDU)** teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage unter dem Strich zustimmen wird.

Eine Finanzierung bei der 90% der Bund und 10% Bremen trage, könne nicht abgelehnt werden.

Aber: auch der Bremer Westen sei nach Ansicht von Herrn Bensch sozial- und strukturschwach. Auch im Bremer Westen würde es ggf. Institutionen geben, die man hätte fördern können. Es gebe viele sachlich inhaltliche Gründe, auch anderen Kliniken/Gesundheitseinrichtungen Mittel aus diesem Programm zukommen zu lassen.

**Herr Schober (DIE LINKE)** erläutert, dass dem Beschlussvorschlag zwar zugestimmt werden kann, man aber nicht grundsätzlich allen Maßnahmen zustimmen könne die vom Bund gefördert werden. Es komme immer auf den Einzelfall an. Es sollten nach Ansicht von Herrn Schober auch größere Stationen gefördert werden. Herr Schober bittet darum, dass für das KBO ein Personalkonzept vorgelegt wird, damit man erkennen kann, dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden.

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Sie merkt aber an, dass eine Verbesserung der räumlichen Möglichkeiten für psychisch Kranke und der räumliche Ausbau der Geburtshilfe wünschenswert gewesen wäre.

**Herr Schlüter (Leiter des Ortsamts Osterholz)** bedankt sich bei den Deputierten für die Unterstützung. Herr Schlüter kenne den Wortlaut der Vorlage zwar nicht, er gehe aber davon aus, dass es um die somatische Medizin gehe. Gleichwohl müsse in einem zweiten Schritt die Psychiatrie berücksichtigt werden, da der bauliche Zustand sanierungsbedürftig sei.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** erläutert, dass es um sozial schwache Stadtteile geht. Insofern sei der Vorschlag nachvollziehbar.

**Herr Staatsrat Kück** führt aus, dass man durchaus auch andere Stadtteile hätte auswählen können. Allerdings habe der Senat, als Träger einer kommunalen Einrichtung, die Entscheidung zugunsten einer kommunalen Klinik getroffen. Im Übrigen habe nach den Erkenntnissen von Herrn Staatssekretär Stroppe (BMG) keine andere Kommune in Deutschland diese Gelder für kommunale Kliniken eingesetzt.

**Herr Staatsrat Kück** merkt abschließend an, dass, in Abstimmung mit der SF, die GeNo die im Rahmen der Personalumsteuerung eingesparten Mittel (1,7 Mio. Euro) für die Verbesserung der räumlichen Situation in der Psychiatrie einsetzen muss.

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Mittelverwendung des Kommunalinvestitionsförderfonds in Höhe von insgesamt 4 Mio. € für die oben genannten Projekte des Klinikums Bremen-Ost zu.

**TOP 5 Einsetzung eines Deputationsausschusses (Ferienausschuss)  
(Vorlage L-79-19 + S-42-19)**

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** erläutert, dass die Beschlüsse des Ferienausschusses im Umlaufverfahren gefasst und vorläufig vollzogen werden.

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche bzw. die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz setzt für die Zeit vom 22.06.2017 bis 02.08.2017 einen Deputationsausschuss ein. Ihm gehören neben der Vertreterin/dem Vertreter des Senats die Damen/Herren (je ein Mitglied der Fraktionen) an.

**TOP 6 Berufung von Mitgliedern des Psychiatrieausschusses gemäß § 3 der Verordnung  
über den Psychiatrieausschuss des Landes Bremen  
(Vorlage L-82-19)**

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vor, Herrn Dr. Jörg Hermann als Mitglied in der Nachfolge von Herrn Scherer in den Psychiatrieausschuss zu berufen.

**TOP 7 Verschiedenes**

- Als Termin für eine etwaige Sondersitzung (Haushaltsbefassung) der staatlichen und städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz wird der 07.09.2017, 14:30 Uhr, festgesetzt.
- **Herr Staatsrat Kück** erläutert zur augenärztlichen Notfallversorgung in Bremerhaven, dass sich lediglich zwei niedergelassene Augenärzte hierzu bereit erklärt haben. Vor diesem Hintergrund sehe die kassenärztliche Vereinigung aktuell keine Möglichkeit einer Realisierung in Bremerhaven.  
  
**Herr Welt (SPD)** bedauert dieses Ergebnis außerordentlich. Die kassenärztliche Vereinigung wolle hier womöglich keine Lösung. Der Fall sei zwar abgeschlossen, aber mit einer schlechten Lösung durch die Kassenärzte.  
  
**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** merkt vor diesem Hintergrund an, dass ein schneller Transport von entsprechenden Patientinnen und Patienten nach Bremen fortgeführt und gewährleistet sein muss.

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Protokollführer

# Stadt Bremen

## Stadt- und Ortsteile

### TippTapp-Bezirke

### Legende:

- Mitte Stadtteile
- 243 Ortsteile
- TippTapp
- TippTapp Bundesinitiative

Bezirk
112 Bahnhofsvorstadt
217 Neuenland
218 Huckelriede
233 Kattenturm
241 Mittelshuchting
242 Sodenmatt
243 Kirchhuchting
251 Woltmershausen
332 Neue Vahr Nord
334 Neue Vahr Südwest
335 Neue Vahr Südost
373 Tenever
383 Hemelingen
431 Utbremen
432 Steffensweg
433 Westend
434 Walle
435 Osterfeuerberg
436 Hohweg
437 Überseestadt
441 Lindenhof
442 Gröpelingen
443 Ohlenhof
445 Oslebshausen
522 Grohn
531 Blumenthal
533 Lüssum-Bockhorn

